

Landesspital, ja – aber wie und wo?

Austausch Grosse öffentliche Diskussionen gab es an der gestrigen Informationsveranstaltung zum Landesspital keine – dafür konnten sich Interessierte im Anschluss aber unter vier Augen mit den Verantwortlichen und Experten austauschen. Und nutzten die Gelegenheit.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Jeder hat eine Meinung zum Landesspital. Wo es stehen soll. Was es anbieten soll. Und wie viel es kosten darf. Doch der gestrige Informationsanlass in Triesen war nicht darauf ausgerichtet, sich im Rahmen einer öffentlichen Diskussion bzw. für aller Augen ersichtlich und aller Ohren hörbar darüber auszutauschen. Vielmehr konnten sich die Besucherinnen und Besucher im Anschluss an vier Impulsreferate an sogenannten «Themenständen» mit den Verantwortlichen und Experten austauschen und ihre Fragen und Anregungen einbringen. Und wer nur hören, aber nicht reden wollte, dem bot sich auch die Gelegenheit, Fragen schriftlich zu deponieren.

Diese Art des «Austausches» ermöglichte es den Interessierten, persönlich ins Gespräch mit den Landesspital-Verantwortlichen zu kommen – was sicher auch dazu dienen sollte, Vertrauen aufzubauen. Denn viele Fragen blieben nach den vier Impulsreferaten nicht mehr offen. Detailliert wurde über die Strategie und Fallzahlen des Landesspitals, die Ausgangslage, Prämissen für einen Neubau sowie das weitere Vorgehen informiert.

«Erfolgreich mit der Neuausrichtung»

Schon einmal wurde über den Neubau eines Landesspitals abgestimmt – und das Volk sagte im Oktober 2011 Nein zum Finanzbeschluss in der Höhe von 83 Mio. Franken. Bei einer repräsentativen Umfrage zeigte sich im Anschluss aber dennoch: 86 Prozent der Liechtensteiner wollen ihr eigenes Landesspital. Und so mussten sowohl die Verantwortlichen des Landesspitals sowie die Poli-



Informierten detailliert über die Situation: Michael Ritter (LLS Stiftungsratspräsident), Sandra Copeland (Spitaldirektorin), Regierungsrat Mauro Pedrazzini und Walther Tabarelli (Chefarzt Chirurgie am Landesspital) (v. l.).
Bild: Daniel Ospelt

tik noch einmal über die Bücher und sich fragen: Was wurde falsch gemacht? Das Landesspital erhielt einen neuen Stiftungsrat, eine strategische Neuausrichtung ist erfolgt. «Und gleichzeitig damit auch eine Vergangenheitsbewältigung», erinnert sich Stiftungsratspräsident Michael Ritter. Die Zahlen hätten schnell gezeigt, dass diese Neuausrichtung richtig gewesen sei – ebenso das hybride Modell mit Chef- und Belegärzten sowie der Leistungsumfang mit dem Notfall, der allgemeinen Chirurgie und der Inneren Medizin. Enorm wichtig für ein regionales Spital sei aber auch die Kooperation mit einem Zentrumsspital – die Wahl fiel auf

Chur – gewesen. Dank all dieser Massnahmen bzw. der neuen Strategie sei das Landesspital heute in der Lage, höchste Qualität anzubieten, was auch immer öfter gesehen werde.

Neue Herausforderungen für das Landesspital

Dass das Landesspital rund einhalb Jahre «in ein Loch gefallen ist», wird auf die Gründung der ehemaligen Medicnova zurückgeführt. Dies habe dem Landesspital geschadet – doch seit der Schliessung der Privatklinik hätten sich die Fallzahlen wieder stabilisiert. «Und die Trendwende hält an», freut sich Spitaldirektorin Sandra Copeland. Auch 2019

sei das Landesspital sehr gut gestartet und habe auf sehr gute Patientenrückmeldungen zählen dürfen. «Nun fehlt nur noch ein wichtiger Baustein: die Infrastruktur», so Copeland.

Für die Verantwortlichen des Landesspitals spielte gestern Abend denn auch keine Rolle, wo das neue Landesspital künftig seine Heimat finden wird. Sie stehen vor ganz anderen Herausforderungen, wie Sandra Copeland betonte. Nicht nur, dass die optimierten Prozessabläufe sichergestellt werden müssten, es sei auch eine Akutgeriatrie geplant, die am 1. Oktober mit fünf Betten starten soll. Ausserdem soll eine sogenannte Intermediate Care-Station

aufgebaut werden. Dabei handelt es sich um eine Überwachungsstation, die bei Bedarf rund um die Uhr betrieben werden kann – eine solche wird übrigens im «Zürcher Modell» im Bereich der Grundversorgung vorausgesetzt. Das Landesspital verfügt heute zwar über eine Überwachungsstation, sie wird derzeit aber nicht rund um die Uhr betrieben und ist räumlich und technisch nicht zertifiziert.

Ebenso soll im Landesspital künftig eine weitere Leistung angeboten werden: die Schmerztherapie. Ein spezifisches Angebot, das in Kooperation mit erfahrenerm Fachpersonal aus Anästhesie, Innerer Medizin und auch al-

ternativen Behandlungsmöglichkeiten in multifunktionalen Räumen erbracht wird. Derzeit laufen Vorbereitungsarbeiten, um diese Leistungen noch dieses Jahr anbieten zu können. Und: Das Landesspital steht auch der Frage offen gegenüber, ob künftig wieder Leistungen im Bereich der Geburtshilfe angeboten werden sollen. Aber: Das ist ein politischer Entscheid.

Wird die Geburtshilfe neu lanciert?

Tatsächlich gibt es vonseiten der Regierung erneut Überlegungen, das Leistungsangebot im Bereich der Geburtshilfe neu zu lancieren. Dazu hat sie bereits Berechnungen bezüglich der Ressourcen und der Kosten angestellt. Ob dies aber im neuen Landesspital tatsächlich angeboten würde bzw. welche Empfehlung die Regierung hier vor den Sommerferien abgibt, steht noch in den Sternen.

Für Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini ist auf alle Fälle aber klar, dass das Landesspital die Minimalleistungen erbringen muss: also einen 24-Stunden-Notfall. Ausserdem muss der Grundbedarf abgedeckt werden. Ziel sei es ausserdem, einen Marktanteil von 50 Prozent zu erreichen, ohne dabei eine Konkurrenzstrategie zu fahren. «Und das ist absolut möglich», ist er überzeugt. Pedrazzini zeigte zudem auf, warum es keinen Sinn ergibt, die Fachgebiete der Spitäler regional aufzuteilen – «hier würde ein Streit über die rentablen Geschäfte entbrennen». Auch warum sich das Landesspital nicht nur auf Alter- und Pflegedienstleistungen konzentrieren sollte, machte er klar: «Schlechte Auslastung.» Also komme nur die Grundversorgung in Frage. Und zwar in Kooperation mit einem Zentrumsspital wie Chur.

Landtag: Es geht um über 130 Millionen Franken

Session Die Landtagsabgeordneten müssen sich ihre Sommerferien hart verdienen. 31 Traktanden stehen zur Beratung an – gut möglich, dass die drei Tage nicht reichen. Nebst dem Rechenschaftsbericht geht es um Finanzbeschlüsse für über 130 Millionen Franken.

Wie meistens vor der Sommerpause gibt es für den Landtag eine Traktandenliste, welche das Milizparlament an seine Grenzen bringt. Vorsorglich hat man die verschiedenen Jahresberichte der Staatsbetriebe an den Schluss gesetzt. Diese würden – sollte man nicht durchkommen – auf die September-Sitzung verschoben.

Es geht aber nicht nur um viele Traktanden, sondern auch um viel Geld. Stimmt der Landtag allen Anträgen zu, werden über 130 Millionen Franken freigegeben. Finanziell ist dies für den Staat kein Problem, denn die Landesrechnung 2018 hat wieder deutlich im Plus abgeschlossen. Diese wird im Rahmen des Rechenschaftsberichtes ebenfalls zur Kenntnis genommen.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

WWW.

Mit dem Landtag-Liveticker sind Sie immer auf dem Laufenden:
vaterland.li/388479

Wie viele Casinos verträgt das Land?

Traktandum 7

Um was geht es?

Die VU-Fraktion will mit einem Postulat unter dem Titel «Gestaltung einer grössenverträglichen Casino-Landschaft Liechtenstein» die Regierung mit verschiedenen Abklärungen beauftragen. Unter anderem soll geprüft werden, ob mit einem Bewilligungsmoratorium oder allfälligen anderen Massnahmen eine sinnvolle Eingrenzung der Spielbankenanzahl erreicht werden kann. Ausserdem thematisiert die VU eine Zweckbindung der Einnahmen an soziale Einrichtungen und den internationalen Austausch von Sperrlisten.

Prognose

Das Postulat wird mit grosser Mehrheit an die Regierung überwiesen. An diesem umstrittenen und viel diskutierten Thema will sich keine Partei die Finger verbrennen.

Wie viel zahlt der Staat an die OKP-Prämien?

Traktandum 10

Um was geht es?

Mit einem Beitrag an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) reduziert der Staat die Prämienlast für die Versicherten. Jede Million, welche der Staat einschiesst, reduziert die monatliche OKP-Prämie um CHF 2.60 pro Versicherten. Die Regierung möchte den OKP-Staatsbeitrag bei 29 Millionen belassen. Die Freie Liste will ihn auf 58 Millionen verdoppeln und die VU-Fraktion wird erneut den Antrag stellen, den Beitrag um 4 Millionen auf 33 Millionen Franken zu erhöhen.

Prognose

Es gibt das gleiche Spiel wie letztes Jahr. Der Antrag der Freien Liste hat keine Chance. Und der Antrag der VU wird von der FBP- und DpL-Fraktion sowie den beiden DU-Abgeordneten mit 13 Stimmen abgelehnt.

Schulbauten für knapp 97 Millionen Franken

Traktanden 11+12

Um was geht es?

Jetzt muss der Landtag Farbe bekennen. Vor einem Jahr hat er die Schulbautenstrategie mit 20 Stimmen gutgeheissen. Nun liegen die beiden Baukredite vor. Nach über 20 Jahren soll in Ruggell ein zweites Schulzentrum im Unterland entstehen (SZU II). Kostenpunkt: 52,6 Millionen Franken. Dort soll die Ober- und Realschule für die Gemeinden Ruggell, Gamprin und Schellenberg und die BMS untergebracht werden. 44 Millionen Franken beantragt die Regierung für den Ersatzbau des Trakts G und weitere Massnahmen beim Schulzentrum Mühleholz Vaduz.

Prognose

Der Landtag gibt grünes Licht für die beiden Schulbauten. Die beiden Regierungsparteien müssten aufgrund ihrer bisherigen Beteuerungen geschlossen dafür sein.

Erste Debatte über das Blockchain-Gesetz

Traktandum 20

Um was geht es?

Es wird erstmals über das Blockchain- bzw. korrekterweise über das «Token- und VT-Dienstleistungsgesetz» beraten. Die Regierung geht davon aus, dass in Zukunft eine grosse Bandbreite an Vermögenswerten oder – allgemeiner formuliert – Rechten auf Blockchain-Systemen abgebildet werden und eine Vielzahl an Dienstleistungen mit Bezug auf diese digitalisierten Rechte angeboten wird. Mit einem entsprechenden Gesetz will sie ein adäquates Regulierungssystem schaffen, das die notwendige Rechtssicherheit schafft.

Prognose

Nur wenige wissen ganz genau, um was es geht und nicht alle teilen die Euphorie von Regierungschef Hasler. Trotzdem wird das Gesetz kommen.

FMA soll weiterhin 5 Millionen erhalten

Traktandum 21

Um was geht es?

Die Regierung schlägt vor, dass die Finanzmarktaufsicht (FMA) weiterhin einen jährlichen Staatsbeitrag von 5 Millionen Franken erhält. Das geltende Finanzierungssystem habe sich bewährt und soll für die Jahre 2020 bis 2023 fortgeführt werden. Einzig die Reserven der FMA sollen schrittweise von 50 auf 25 Prozent des durchschnittlichen ordentlichen Aufwands gemäss der Jahresrechnung der letzten drei Jahre gesenkt werden. Zudem will die Regierung punktuell Abgaben von Bankgruppen, Wertpapierfirmen und anderen Finanzintermediären erhöhen.

Prognose

Die FMA sorgt immer für Diskussionen. Wenn es nicht der Staatsbeitrag ist, dann sind es sicher die Gebühren.